

# Gössi-Kritiker geben sich geschlagen

In der FDP beginnen sich die Reihen zu schliessen, jetzt, wo die Partei ein grünes Klimapapier hat

Adrian Schmid

Zürich Petra Gössi war gestern an einem Schützenfest – aber erst am Abend, als der Klima-Endkampf in ihrer Partei schon vorüber war. Dabei hätte auch die Delegiertenversammlung der FDP in Zürich-Altstetten Schützenfest-Potenzial gehabt. Die Freisinnigen rangen heftigst um die zentralen Punkte in ihrem neuen Klima-Positionspapier. Am Ende war die Veranstaltung aber vor allem eines: ein Triumphzug für Petra Gössi. Die FDP kommt nun viel grüner daher. Selbst die Präsidentin zeigte sich «überrascht» vom für sie guten Ergebnis.

Dass Gössi auf der ganzen Linie siegte, hat bereits Folgen. Selbst scharfe Kritiker geben sich geschlagen. «Es wäre jetzt nicht opportun, den Kurs der FDP Schweiz zu torpedieren», sagte nach der Versammlung Alain Schwald, Präsident der FDP Bezirk Affoltern. Er war

Anführer einer grösseren Gruppe von primär Jungfreisinnigen, die versucht hatten, dem Papier einen anderen Touch zu geben – erfolglos. «Ich bin enttäuscht über die Entscheide. Die FDP setzt in der Klimapolitik nun lieber auf Steuern und den Staat als auf die Mechanismen des Marktes.»

Schwald hofft nun darauf, dass zumindest das Klimapapier des Jungfreisinnigen, das heute am Kongress in Solothurn behandelt wird, anders daherkommt als dasjenige der Mutterpartei.

**Was macht jetzt Christian Wasserfallen?**

Versöhnlich gibt sich auch der Luzerner Nationalrat Peter Schilliger. Er war einer der Baumeister der FDP-Positionen, die nach der Debatte über das CO<sub>2</sub>-Gesetz im Nationalrat im letzten Dezember arg unter Beschuss gerieten. Bisher habe er sich am alten Positionspapier ausgerichtet. «Jetzt haben

wir ein neues, und ich werde mich nun in der Beratung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes nach diesem ausrichten.» Gleiches erwarte er auch von den Mitgliedern der FDP-Fraktion.

Noch diesen Herbst wird sich der Ständerat mit der Vorlage befassen. «Die Delegiertenversammlung hat entschieden, welchen Weg die FDP in der Klimapolitik verfolgen soll. Das gilt es zu akzeptieren», sagt Schilliger. «Wir müssen jetzt mit liberalen Instrumenten nach den wirkungsvollsten gesetzlichen Lösungen suchen, um unsere Ziele zu erreichen.»

Auch Gössi verlangt von den Mitgliedern ein Bekenntnis zum neuen Papier: «Ich erwarte von allen, dass die Beschlüsse akzeptiert und respektiert werden. Wir sind nur stark und in unseren Positionen unverkennbar, wenn wir die Reihen schliessen können und geschlossen auftreten.»

Ob allerdings der schärfste Kritiker von Gössis Kurswechsel mit-

machen wird, ist offen. Der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, der gestern eine empfindliche Niederlage einstecken musste, wollte sich noch nicht festlegen. Er sagte nur, dass die Beschlüsse für das Volk klare Kostenfolgen hätten, wenn sie wirklich umgesetzt werden sollten. «Ich bin gespannt, wie das in der Bevölkerung ankommt und wer dann dafür hinsteht.»

**Flüge und Benzin sollen teurer werden**

Vergeblich warnte Wasserfallen die Delegierten davor, dass die Preise für Benzin und Diesel um bis zu einen Franken pro Liter ansteigen könnten – wenn eine Lenkungsabgabe auf Treibstoff eingeführt würde. Den Schluss der Versammlung mochte sich Wasserfallen nicht mehr antun. Als über die Flugticketabgabe abgestimmt wurde, war er bereits auf dem Heimweg nach Bern. Der Besuch des Formel-E-Rennens war dem Sportfan offen-

bar wichtiger. Konkret unterstützt die FDP in ihrem Papier nun eine Flugticketabgabe und eine Lenkungsabgabe auf Benzin und Diesel. Sie will zudem über die Ziele des Pariser Klimaabkommens hinausgehen: Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss soll in der Schweiz bereits bis 2050 auf netto null reduziert werden. Dies entspricht einer Forderung der Gletscherinitiative.

Die FDP möchte zudem Gebäudesanierungen beschleunigen, den Denkmal- und Heimatschutz lockern – und das Gentsch-Moratorium aufheben. Das Bauverbot für neue Atomkraftwerke wollten die Delegierten jedoch nicht aufheben. Ein Antrag, der dies verlangte, kam nicht durch.

Die Delegierten gingen mit ihren Beschlüssen viel weiter, als es die Parteigremien vorgeschlagen hatten. Man wolle keine «Gummiformulierung», hiess es an der Versammlung.

Kommentar — 18



FDP-Präsidentin Petra Gössi zeigte sich «überrascht» vom für sie guten Ergebnis  
Foto: Reto Oeschger

## Rotes Kreuz sieht schwarz für Spendengelder

Auf Druck der OECD will der Bundesrat, dass Stiftungen Finanzdaten ins Ausland liefern. Diese sind alarmiert: Das verschlinge Hunderttausende Franken

Bern Geht es nach dem Bundesrat, blüht der Glückskette und dem Roten Kreuz hoher bürokratischer Mehraufwand. Die Landesregierung will gemeinnützige Stiftungen auf Druck der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) künftig wie Banken behandeln. Die Stiftungen sollen demnach dem automatischen Datenaustausch unterstellt werden.

Die neue Bürokratie würde Hunderttausende Franken von Spendengeldern verschlingen, wie auch der Bundesrat einräumt. Bei den Hilfsbedürftigen würde we-

sentlich weniger Geld ankommen. Nun kritisiert Markus Egger, Leiter der Rechtsabteilung des Schweizerischen Roten Kreuzes: «Wir sind gegen unnötigen administrativen Aufwand, der zulasten der Spendengelder geht.»

Ähnlich tönt es bei der Glückskette. «Auch wir können nicht nachvollziehen, weshalb der automatische Informationsaustausch auf Non-Profit-Organisationen ausgeweitet werden soll», sagt die Glückskette-Sprecherin Priska Spörri. Christoph Degen, Geschäftsführer von Profonds, dem Dachverband gemeinnütziger Stiftun-

gen, erläutert die Konsequenzen der Anpassung: «Gemeinnützige Stiftungen müssten umfangreiche komplizierte, von ausländischen Bürokraten erstellte Formulare ausfüllen.» Sie müssten «Angaben über Stifter, Stiftungsratsmitglieder und Begünstigte machen». Und vor allem: «Sie müssten viele Informationen über die einzelnen Geldflüsse liefern.»

Wie gross genau der Aufwand für die Glückskette und für das Rote Kreuz wäre, haben die beiden Organisationen zwar noch nicht ermittelt. Profonds-Geschäftsführer Degen allerdings, der selber eine

gemeinnützige Stiftung leitet, hat die Folgen analysiert: «Die Unterstellung der gemeinnützigen Stiftungen unter den automatischen Informationsaustausch wäre verheerend. Es wäre eine regelrechte Vergeudung von Stiftungsgeldern.»

**«Fast ein Drittel der Gelder gingen verloren»**

Degen hat seine Stiftung nach dem Tod seines Kindes bei einem Unfall an der Basler Fasnacht gegründet. Sie verteilt jährlich rund 35 000 Franken – insbesondere für Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von Kindern. «Wenn

unsere Stiftung dem automatischen Datenaustausch unterstellt würde, würde fast ein Drittel unserer gemeinnützigen Gelder für diese Administrativkosten verbraucht.» Nun hat sich auch der Gewerbeverband der Sache angenommen. Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler bekämpft das bundesrätliche Vorhaben und hat im Parlament einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Profonds-Direktor Degen kritisiert, dass der Bundesrat die Stiftungen «in vorausweisendem Gehorsam gegenüber der OECD dem automatischen Datenaustausch

unterstellen» will. Er ist überzeugt: «Wir müssen der OECD nur erklären, dass gemeinnützige Stiftungen nach Schweizer Recht nicht dasselbe sind wie Trusts in Panama.» Zweck des automatischen Datenaustauschs sei die Aufdeckung von Steuerhinterziehung. Die Unterstellung gemeinnütziger Schweizer Stiftungen wäre daher ein Witz. «Denn sie eignen sich nicht zur Steuerhinterziehung. Sie werden – anders als Trusts – bereits heute gründlich kontrolliert durch die staatliche Stiftungsaufsicht», sagt Christoph Degen.

Mischa Aebi